



HESSISCHER LANDTAG

31. 10. 2024

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Antisemitismus an hessischen Hochschulen

Die aktuelle Situation an hessischen Hochschulen gibt Anlass zu größter Besorgnis. Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat sich die Lage an den Bildungseinrichtungen dramatisch verschärft. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen dokumentierte allein im Jahr 2023 51 antisemitische Vorfälle an Universitäten eine Zahl, die die Dringlichkeit entschiedenen Handelns unterstreicht.

Besonders besorgniserregend sind die jüngsten Entwicklungen an mehreren hessischen Hochschulen: An der Hochschule Fulda erregte die Studierendengruppe „Students for Palestine“ wiederholt öffentliche Aufmerksamkeit. Bei den Hochschultagen verwendete die Gruppe Parolen wie „One Holocaust does not justify another“ und „Von Fulda bis nach Gaza, Yallah Intifada“ die der Verband jüdischer Studierender Hessen als eindeutig antisemitisch und holocaustrelativierend einstufte. Die Gruppe wies diese Vorwürfe zwar zurück, setzte ihre problematischen Aktivitäten jedoch fort. Im Oktober 2024 errichtete sie trotz ausdrücklicher Untersagung durch die Hochschulleitung während der Erstsemesterwoche einen Infostand, nachdem die Stadt Fulda einem Versammlungsantrag stattgegeben hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in diesem Zusammenhang.

An der Universität Kassel eskalierte die Situation durch einen besonders alarmierenden Vorfall: Eine pro-palästinensische Hochschulgruppe organisierte eine als israelfeindlich eingestufte Demonstration auf dem Campus und rief dabei offen zur „Intifada“ auf. Die Tatsache, dass sowohl die Universitätsleitung als auch die Stadt Kassel diese Veranstaltung tolerierten, löste heftige Kritik aus und wirft Fragen nach dem Umgang mit antisemitischen Tendenzen an deutschen Hochschulen auf.

Die Hochschule Darmstadt sah sich mit mehreren problematischen Entwicklungen konfrontiert. Neben antisemitischen Aufklebern, die Israel als „Terrorstaat“ bezeichneten, sorgte insbesondere die Gruppe „h da for Palestine“ für Unruhe. Diese verteilte nicht nur Flyer mit umstrittenen Slogans wie „From the river to the sea“, sondern wurde auch von einem Präsidiumsmitglied des Studierendenparlaments unterstützt. Besonders kritisch ist die Verbindung der Gruppe zum Kufiya-Netzwerk, das das Massaker der Hamas am 7. Oktober als „Befreiungsakt“ bezeichnet hatte.

Als erste hessische Hochschule reagierte die Philipps-Universität Marburg mit der Ernennung einer Antisemitismus-Beauftragten. Die renommierte Antisemitismus-Forscherin Susanne Urban, die bereits die RIAS Hessen leitet, soll in dieser Position als zentrale Anlaufstelle für Betroffene dienen und präventive Maßnahmen entwickeln. Diese Initiative wird vom hessischen Wissenschaftsminister ausdrücklich unterstützt und könnte als Vorbild für andere Hochschulen dienen.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Es gilt, jüdische Studierende und Mitarbeitende zu schützen, antisemitischen Tendenzen entschieden entgegenzutreten und gleichzeitig die akademische Freiheit zu wahren.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Antisemitismus-Beauftragte und Strukturen
 - a) Welche hessischen Hochschulen haben bisher Antisemitismus-Beauftragte ernannt?
 - b) In welchem Umfang sind diese Stellen ausgestattet und wie sind sie in die Hochschulstruktur eingebunden?

- c) Über welche konkreten Befugnisse und Kompetenzen verfügen die Beauftragten?
 - d) Welche weiteren institutionalisierten Strukturen existieren an den hessischen Hochschulen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus?
 - e) Wie sind diese personell und finanziell ausgestattet?
2. Erfassung und Dokumentation
- a) Wie viele antisemitische Vorfälle wurden seit Oktober 2023 an den hessischen Hochschulen registriert und wie wurden diese dokumentiert?
 - b) Um welche Art von Vorfällen handelte es sich dabei im Einzelnen?
 - c) Welche Personengruppen waren als Täter und welche als Betroffene involviert?
 - d) Wie erfolgt die systematische Erfassung solcher Vorfälle an den Hochschulen?
 - e) Welche Meldewege existieren und wie wird deren Niedrigschwelligkeit sichergestellt?
 - f) Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen?
3. Strafrechtliche Verfolgung
- a) In wie vielen Fällen wurden seit Oktober 2023 staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen antisemitischer Vorfälle an hessischen Hochschulen eingeleitet?
 - b) Welche konkreten Tatvorwürfe liegen diesen Ermittlungen zugrunde und wie ist der aktuelle Stand der Verfahren?
 - c) In welchen Fällen wurde der Staatsschutz eingeschaltet und welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen?
 - d) Wie viele Verfahren wurden mit welchem Ergebnis abgeschlossen?
4. Hochschulrechtliche Maßnahmen
- a) Über welche rechtlichen Möglichkeiten verfügen die Hochschulen, um gegen antisemitische Vorfälle vorzugehen?
 - b) Wie häufig und in welcher Form wurden diese Sanktionsmöglichkeiten bisher angewandt?
 - c) Welche hessischen Hochschulen haben spezifische Richtlinien zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen erlassen?
 - d) Wie gestaltet sich die praktische Umsetzung dieser Richtlinien und wie wird deren Wirksamkeit evaluiert?
5. Schutzkonzepte
- a) Welche konkreten Schutzmaßnahmen wurden an den hessischen Hochschulen implementiert, um die Sicherheit jüdischer Studierender und Mitarbeitender zu gewährleisten?
 - b) Wie werden diese Maßnahmen koordiniert und deren Wirksamkeit überprüft?
 - c) Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit jüdischen Studierendenverbänden, Sicherheitsbehörden und jüdischen Gemeinden?
 - d) Welche regelmäßigen Austauschformate existieren und wie werden die Perspektiven der jüdischen Hochschulangehörigen in die Schutzkonzepte einbezogen?
6. Präventionsarbeit
- a) Welche konkreten Präventionsmaßnahmen wurden bisher an den hessischen Hochschulen umgesetzt?
 - b) Wie viele Studierende und Mitarbeitende wurden durch Bildungsangebote, Sensibilisierungsmaßnahmen und Fortbildungen erreicht?
 - c) Welche finanziellen Mittel stehen den Hochschulen für die Antisemitismus-Prävention zur Verfügung?
 - d) Wie verteilen sich diese auf reguläre Haushaltsmittel, Sonderprogramme und eingeworbene Drittmittel?
 - e) Welche zusätzlichen Mittel sind für die kommenden Jahre vorgesehen?
7. Internationale Kooperationen
- a) Welche Partnerschaften und Kooperationsprogramme bestehen zwischen hessischen und israelischen Hochschulen?
 - b) Wie haben sich die antisemitischen Vorfälle auf diese Zusammenarbeit ausgewirkt?

- c) Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um diese akademischen Partnerschaften zu schützen und zu fördern?
 - d) Wie wird die Sicherheit von Austauschstudierenden und Gastwissenschaftlern gewährleistet?
8. Strategische Ausrichtung
- a) Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung kurz-, mittel- und langfristig zur Bekämpfung von Antisemitismus an hessischen Hochschulen?
 - b) Nach welchen Kriterien wird der Erfolg dieser Maßnahmen evaluiert?
 - c) Wie soll jüdisches Leben an hessischen Hochschulen nachhaltig gefördert und geschützt werden?
 - d) Welche spezifischen Projekte sind geplant und wie werden diese finanziell unterstützt?

Wiesbaden, 31. Oktober 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas